



Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Fachschafskonferenz (FSK) - Studierendenvertretung
Referat für Studienreform und hochschulpolitische Entwicklungen

FSK • Albert-Ueberle-Str. 3-5 • 69120 Heidelberg

Heidelberg, den 14. Februar 2008

PRESSEMITTEILUNG

Heidelberger Studierendenvertretung kritisiert Teilnahme ihrer Uni an „Hamburger Initiative“

Heidelberg. Unter Beteiligung der Universität Heidelberg haben sich vergangene Woche 13 Hochschulen im Rahmen der „Hamburger Initiative“ auf einheitliche Fristen zur Versendung der Zulassungsbescheide geeinigt. Dies lehnt die Fachschafskonferenz (FSK) als Studierendenvertretung an der Universität Heidelberg ab, da dieser Ansatz an der Problematik vorbeigeht: Sowohl die bestehenden Zulassungsbeschränkungen wie auch das daraus resultierende Mehrfachbewerbschaos werden aufrecht erhalten.

Seit längerem führt ein wildes Potpourri an fachspezifischen Zulassungsverfahren in Heidelberg dazu, dass sich Nachrückverfahren bis weit in die Vorlesungszeit hinein ziehen. Dadurch bleiben Studienplätze unbesetzt und Bewerberinnen müssen ihr Studium um bis zu einem Jahr verschieben.

„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Numerus Clausus verpflichtet die Hochschulen dazu, ihre Kapazitäten auszuschöpfen. Dass dies an der Universität Heidelberg durch den Wildwuchs an Bewerbungsverfahren nicht gelingt, müsste unserer Meinung nach dazu führen, die Verfahren abzuschaffen, anstatt die Termine mit einigen anderen Hochschulen zu harmonisieren“, meint Sven Lehmann, Referent für Studienreform und hochschulpolitische Entwicklungen der Fachschafskonferenz. „Die Fachbereiche der 'Exzellenzuniversität Heidelberg' möchten sich ihre künftigen 'Elitestudierenden' jedoch gerne weiterhin selbst herauspicken, die Intransparenz hausgemachter Verfahren wird daher einem transparenten bundesweiten Vorgehen vorgezogen, das die Probleme wirklich lösen könnte“, ergänzt sein Mitreferent Johannes Michael Wagner.

„Notwendig wäre ein bundeseinheitliches Gesetz zur Hochschulzulassung, das den Hochschulzugang regelt, doch stattdessen bleibt den Studieninteressierten nun lediglich die Möglichkeit, auf eine Lotterie mit dem Namen 'Chancenbörse' zu spekulieren“, empört sich Lehmann. „Es mutet durchaus skurril an: Durch die hiesigen Verfahren zur Vergabe der angeblich so knappen Studienplätzen bleiben im Endeffekt viele Plätze unbesetzt.“

In der Beteiligung an der „Hamburger Initiative“ zeigt sich aus Sicht der Heidelberger Studierendenvertretung erneut, dass das Rektorat wenig durchdacht an den gesetzlichen Maßgaben und an den Problemen der Studierenden vorbei agiert. „Die Umsetzung dieses Vorschlags würde lediglich die Parzellierung der deutschen Hochschullandschaft weiter vorantreiben. Nötig ist hier eine bundeseinheitliche Regelung, etwa durch ein Bundesgesetz – es muss eine Garantie für die Studieninteressierten geben, dass alle staatlichen Hochschulen daran beteiligt sind und dass alle einen Studienplatz bekommen.“ erklärt Wagner abschließend.

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Johannes Michael Wagner, Referent: 0151 20635235